

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Dezember 2024

Inhalt

Nachrichten aus den europäischen Institutionen	1
EU-Rat einigt sich auf Position zur Richtlinie gegen CSA, nicht aber auf die Verordnung gegen CSA.....	1
EU-Parlament: Interfraktionelle Gruppen zu Kinderrechten und Demografie.....	1
EU-Kommission und Eurofound: Leitfaden und Studie zur Vermeidung von Heimunterbringungen.....	1
EU-Parlamentsausschuss und EU-Studien zur Wohnraumkrise in Europa.....	2
EU-Rat und EU-Parlament: Zeitplan und erste Empfehlungen für das Europäische Semester.....	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Schweiz: Nationale Struktur für Armutspolitik geplant.....	3
England: fast eine Milliarde Pfund zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit.....	3
Schottland: 200 Kinder und Jugendliche berichten über ihr Leben und den Stand der Kinderrechte.....	3
Irland: Beschränkung von Alkoholwerbung in Fernsehen und Radio tritt im Januar in Kraft.....	4
Griechenland: Jedes dritte Kind wurde gemobbt.....	4
Griechenland: Zahl der geflüchteten Kinder hat sich verdoppelt.....	4
Ungarn von EU aufgefordert, privatärztliche Fruchtbarkeitsbehandlungen wieder zu erlauben.....	4
Österreich von EU aufgefordert, Familienangehörige ohne EU-Staatsbürgerschaft gleichzustellen.....	4
Mehr als drei Viertel der Umsetzungsberichte zur Garantie für Kinder eingereicht.....	5
Weitere Nachrichten	5
Australien verbietet Jugendlichen unter 16 Jahren die Nutzung sozialer Netzwerke.....	5
Tokio führt kostenlose Kindergärten und Vier-Tage-Woche ein.....	5
Aktionswoche zum internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen vom 2. bis 6. Dezember 2024.....	5
Eurochild, ISSA: Recht auf eine saubere und gesunde Umwelt für alle Kinder als Priorität setzen.....	6
Berichte und Studien	6
Eurostat: Familienstrukturen und Kinderbetreuung in der EU.....	6
OECD: Wie ist das Leben? Wohlergehen und Resilienz in Krisenzeiten 2024.....	6
Europarat: sexuelle Gewalt und schädliches Sexualverhalten von Kindern.....	7
UNICEF, Interpol, Ecpat: Evidenzbasierte Maßnahmen gegen sexuellen Kindesmissbrauch im Internet.....	7
Beobachtungsstelle Gesellschaftspolitik: Perspektiven junger Menschen durchgängig berücksichtigen.....	7
EU: Education and Training Monitor.....	7
EIGE: Gender Equality Index 2024.....	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Nachrichten aus den europäischen Institutionen

EU-Rat einigt sich auf Position zur Richtlinie gegen CSA, nicht aber auf die Verordnung gegen CSA

Der Rat der Innen- und Justizminister:innen hat seinen Standpunkt zur Richtlinie zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern (CSA Directive) festgelegt, die im Februar 2024 von der EU-Kommission vorgeschlagen wurde. Die Richtlinie erweitert die Definition von Straftatbeständen und erhöht Mindeststrafmaße (s. [AGF-EuropaNews 2/24](#)). Der Ministerrat schlägt nun unter anderem die Aufnahme neuer Straftatbestände betreffend Anleitungen zum sexuellen Kindesmissbrauch sowie zur Kontaktaufnahme zu Kindern für sexuelle Zwecke vor. Ebenso soll auch das Live-Streaming von Kindesmissbrauch ausdrücklich eingeschlossen werden. Außerdem sollen die Verjährungsfristen verlängert werden. Der Rat wird nun mit dem EU-Parlament über die Änderungen verhandeln.

Erneut fand der Rat nicht die erforderliche Mehrheit für die Verordnung zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet (CSA-R). Sie wurde bereits im Mai 2022 von der EU-Kommission vorgeschlagen und liegt seit über einem Jahr im Rat. Zehn Mitgliedstaaten haben nach wie vor Einwände wegen zu starker Eingriffe in die Privatsphäre der zwischenmenschlichen Kommunikation, insbesondere der verschlüsselten Kommunikation (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 11/24](#)).

- [Standpunkt des Rates zum verschärften EU-Strafrecht](#) (mit Link zum Standpunkt des Rates zur Richtlinie)
- [Rat „Justiz und Inneres“ \(Inneres\), 12. Dezember 2024](#) (zur Verordnung, CSA-R)
- [Rat: Statements by delegations](#)   (zur Verordnung, CSA-R)

EU-Parlament: Interfraktionelle Gruppen zu Kinderrechten und Demografie

Wie bereits in der letzten Legislaturperiode hat sich im Europäischen Parlament eine fraktionsübergreifende Gruppe von Abgeordneten zum Thema Rechte des Kindes gebildet. Ihre Einrichtung wurde unter anderem von Organisationen wie COFACE Families Europe und Eurochild unterstützt. Es gibt aktuell kein anderes Gremium im EU-Parlament, das sich auf die Politik für Kinder fokussiert. Die interfraktionelle Gruppe arbeitet mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen, die sich für die Kinderrechte einsetzen. Zudem hat sich erneut eine interfraktionelle Gruppe zu Demografie gegründet, die von dem Italiener Paolo Inselvini aus der rechtspopulistischen Partei Fratelli d'Italia geleitet wird.

EU-Kommission und Eurofound: Leitfaden und Studie zur Vermeidung von Heimunterbringungen

Die Kommission hat einen Leitfaden angenommen, der die Unterstützung von Inklusion und die Umsetzung des Rechts von Menschen mit Behinderungen auf ein unabhängiges Leben behandelt. Dieser enthält praktische Empfehlungen für die Mitgliedstaaten zur Verwendung von EU-Mitteln, um den Übergang von der institutionellen Betreuung zu gemeindenahen Dienstleistungen und einem unabhängigen Leben für Menschen mit Behinderungen zu beschleunigen. Der Leitfaden ist eine so genannte „Flaggschiff“-Initiative der Europäischen Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030.

Eine Studie zur Deinstitutionalisierung hat Eurofound, die EU-Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, veröffentlicht. In dem Bericht werden Daten und Fakten über das Leben in Heimen in der EU und den Übergang zu familien- und gemeinschaftsbasierten Pflegeleistungen und Diensten vorgestellt. Die Zahl der Kinder, Erwachsenen mit Behinderungen und älteren Menschen in Pflegeeinrichtungen sei in den zehn Jahren bis 2022-23 gestiegen. Zu den Merkmalen solcher Einrichtungen gehörten Isolation, Depersonalisierung,

mangelnde gesellschaftliche Teilhabe und starre Routine. Dies führe häufig zu unzulänglichen Dienstleistungen, unangemessenen Lebensbedingungen und sozialer Ausgrenzung. Die Empfehlungen schließen Themen wie Finanzierung und Wohnraum ein.

- [EU-Kommission: Guidance on independent living in the community of persons with disabilities](#) 
- [Eurofound: Wege zu einem unabhängigen Leben und sozialer Inklusion in Europa](#)

EU-Parlamentsausschuss und EU-Studien zur Wohnraumkrise in Europa

Das Europäische Parlament hat einen Sonderausschuss zur Wohnraumkrise eingerichtet. Er soll einen Bericht über die Herausforderungen des Wohnungsmarktes in der EU vorlegen und eine Bewertung der Wohnungspolitik der Mitgliedstaaten, die Bekämpfung von Immobilienspekulationen und die Untersuchung des Bedarfs an möglichen Reformen umfassen.

Zu diesem Thema hat Eurostat einen Bericht veröffentlicht, in dem große Unterschiede innerhalb Europas hinsichtlich Größe, Art und Qualität des Wohnraums sowie des Verhältnisses von Eigentum und Miete festgestellt werden. Auch die Entwicklung der Kaufpreise und Mieten sei von Land zu Land sehr unterschiedlich. Der Bericht enthält Zahlen zu vielen verschiedenen Aspekten. So konnten sich zum Beispiel 2023 10,6 % der EU-Bevölkerung nicht leisten, ihre Wohnung angemessen warm zu halten. 16,8 % der Bevölkerung lebten in einer überbelegten Wohnung (2010 waren dies noch 19,1 %) und 33 % lebten in einer unterbelegten Wohnung.

Zum Thema bezahlbares und nachhaltiges Wohnen hat das Economic and Social Committee (EESC) eine Studie mit Analysen und Empfehlungen herausgegeben. Schwerpunkte sind die Beiträge der Digitalisierung und der Gemeinwirtschaft zum bezahlbaren Wohnen.

- [Eurostat: Housing in Europe – 2024 edition](#) 
- [EESC: Affordable Sustainable Housing in the EU](#) 

EU-Rat und EU-Parlament: Zeitplan und erste Empfehlungen für das Europäische Semester

Gemeinsam haben der derzeitige und der nächste Ratsvorsitz, Ungarn und Polen, den Zeitplan für das nächste Europäische Semester vorgelegt. Im Rahmen des Europäischen Semesters erfolgt eine wirtschafts- und sozialpolitische Koordination und Steuerung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten. Dies reicht von Empfehlungen für die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Mitgliedstaaten bis hin zu Defizitverfahren bei Verstößen gegen die EU-Schuldenregeln.

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) des Europäischen Parlaments hat bereits Empfehlungen für das Europäische Semester 2025 formuliert, die vom Parlament beschlossen werden sollen (s. [AGF-EuropaNews 11/24](#)). Sie beziehen sich auf die Qualifizierung von Arbeitskräften, bezahlbares Wohnen insbesondere für gefährdete Familien, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zur Verbesserung der Lebensqualität für alle Familien sowie die Einführung einer europäischen Karte für kinderreiche Familien und eines europäischen Aktionsplans für Alleinerziehende, der steuerliche, erzieherische und soziale Vorteile bietet.

- [Europäisches Semester 2025 – Fahrplan](#) 
- [EU-Parlament, EMPL: Entwurf eines Berichts – Beschäftigungs- und sozialpolitische Prioritäten 2025](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Schweiz: Nationale Struktur für Armutspolitik geplant

Die Bundesebene der Schweiz will gemeinsam mit den Kantonen, Gemeinden und Akteuren der Zivilgesellschaft die Armutspolitik weiterentwickeln und stärken. Deshalb werden die bisherigen Bestrebungen neu in einer nationalen Struktur gebündelt. Einbezogen werden die Nationale Plattform gegen Armut, das Nationale Armutsmonitoring (das Statistiken und Forschungsergebnisse aufbereitet) sowie Partizipationsmöglichkeiten für Betroffene. Die Nationale Plattform gegen Armut, an der neben den Gebietskörperschaften auch Nichtregierungsorganisationen beteiligt sind, wurde bis 2030 verlängert. Zudem sollen, um Synergien zu nutzen und neue Dynamiken auszulösen, künftig vermehrt Projekte und Veranstaltungen ebenenübergreifend gemeinsam durchgeführt werden. Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK), der Schweizerische Städteverband und die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) haben hierfür finanzielle Beiträge zugesichert. Dazu werden weitere projektbezogene Partnerschaften angestrebt.

Im gleichen Zuge wurde das Eidgenössische Departement des Innern beauftragt, eine nationale Armutsstrategie zu erarbeiten.

England: fast eine Milliarde Pfund zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit

Die Kommunen in England werden im nächsten Jahr fast 1,2 Milliarden Euro an neuen Mitteln erhalten, um Obdachlosigkeit zu bekämpfen. Das ist die bisher größte Investition in die Prävention von Obdachlosigkeit. Die Stadtverwaltungen sollen dann besser in der Lage sein, zwischen Vermietern und Familien zu vermitteln, Kauttionen zu hinterlegen oder Zwangsräumungen zu verhindern. Lokale Gebiete können auch Ressourcen für Angebote wie „Housing First“ bereitstellen, die den Vorrang des Zugangs zu sicherem Wohnraum für Menschen mit Obdachlosigkeit oder Drogenabhängigkeit sicherstellen. Es sollen damit auch zusätzliche Mittel für Mitarbeiter:innen an der Basis zur Verfügung stehen, damit mehr obdachlose Familien ihre Notunterkunft verlassen können. In diesen fehlt es oft an grundlegenden Ausstattung, zum Beispiel an angemessenen Kochmöglichkeiten. In den vergangenen Jahren wurde eine Rekordzahl von 123.100 Haushalten mit fast 160.000 Kindern in provisorischen Unterkünften untergebracht.

Schottland: 200 Kinder und Jugendliche berichten über ihr Leben und den Stand der Kinderrechte

In einem Bericht von Together, Scottish Alliance for Children's Rights, berichten 200 Kinder und Jugendliche über ihr Leben zu Hause, mit wem sie zusammenleben, wo sie wohnen, was sie zu Hause tun, was ihnen Spaß macht und vor welchen Herausforderungen sie stehen. Sie teilen auch ihre Ansichten über ihr Leben im Kindergarten, in der Schule und in der Hochschule mit, über den Schulweg, den Unterricht, die Pausen und den Spaß sowie den Besuch der Hochschule oder Universität. Ebenso schildern sie ihr Leben in der lokalen Gemeinschaft, in der Nachbarschaft, wie sie losziehen oder wie sie Hilfe bekommen, wenn sie sie brauchen. Das Online-Leben umfasst die Bildschirmzeit, die Aufrechterhaltung von Kontakten, das Erlernen neuer Dinge und Spaß sowie den sicheren Aufenthalt im Internet. Zu jedem Thema kommentieren die Kinder und Jugendlichen die Aussagen Erwachsener. Sie machen auch Vorschläge zur Stärkung der Kinderrechte, der Gleichberechtigung und der Vielfalt, zur Bekämpfung des Klimawandels und von Umweltschäden sowie zur Beendigung von Krieg und Gewalt.

- [Together: State of Children's Rights in Scotland](#) 

Irland: Beschränkung von Alkoholwerbung in Fernsehen und Radio tritt im Januar in Kraft

Am 10. Januar 2025 tritt eine neue gesetzliche Beschränkung der Alkoholwerbung in Fernsehen und Radio in Kraft. Das Ziel besteht darin, Kinder vor Alkoholwerbung zu schützen und jegliche positiven Assoziationen zwischen Alkohol und Lebensstil zu unterbinden. Die zulässigen Sendezeiten für die Werbung für alkoholische Produkte im Fernsehen und Radio werden auf nach 21 Uhr eingeschränkt, um die Exposition von Kindern gegenüber Alkoholwerbung zu verringern. Außerdem muss die Werbung für Alkoholprodukte künftig Gesundheitswarnungen und Angaben zur Informationswebsite der Health Service Executive (HSE) über Alkohol enthalten.

Griechenland: Jedes dritte Kind wurde gemobbt

Das Europäische Netzwerk gegen Mobbing berichtet, dass eines von drei Kindern in Griechenland angibt, gemobbt worden zu sein. Jedes vierte Kind hat das Gefühl, dass es in der Schule nicht lernt, Gleichaltrige nicht zu schikanieren. 100 % der Kinder würden es vorziehen, eine Hotline anzurufen, um Hilfe zu erhalten, wobei sie das Nationale Hilfetelefon für Kinder vorziehen würden.

Griechenland: Zahl der geflüchteten Kinder hat sich verdoppelt

Mehr als 13.000 Kinder sind 2024 auf dem Seeweg nach Griechenland geflüchtet, etwa 50 % mehr als im letzten Jahr. Dies zeigt ein neuer Bericht von Save the Children und dem Griechischen Flüchtlingsrat, der im Vorfeld des Internationalen Tags der Migrant:innen veröffentlicht wurde. Er weist zudem auf die Lebensbedingungen hin, mit denen die Kinder in den Flüchtlingslagern konfrontiert sind. Die Kinder in abgelegenen Flüchtlingslagern berichteten über schlechte Zustände, darunter fehlende Schutzeinrichtungen, Kakerlaken und minderwertiges Essen. Die Zahl der unbegleiteten und von ihren Eltern getrennten Kinder habe sich auf 3.000 verdoppelt.

Ungarn von EU aufgefordert, privatärztliche Fruchtbarkeitsbehandlungen wieder zu erlauben

Die Europäische Kommission hat eine begründete Stellungnahme an Ungarn gerichtet (INFR(2024)4001), weil das Land seit Juni 2022 Angebote im Bereich der medizinisch unterstützten Fortpflanzung auf staatliche oder staatlich kontrollierte Anbieter beschränkt. Diese Beschränkungen stellten einen Verstoß gegen die Niederlassungsfreiheit gemäß Artikel 49 des EU-Vertrags dar. Nach Ansicht der Kommission ist die ungarische Beschränkung nicht durch ein öffentliches Interesse gerechtfertigt (Gesundheitsschutz, Qualitätsniveau, Zugang usw.). Ungarn hat nun zwei Monate Zeit, um zu reagieren. Andernfalls kann die Kommission den Fall an den Gerichtshof der Europäischen Union verweisen.

Österreich von EU aufgefordert, Familienangehörige ohne EU-Staatsbürgerschaft gleichzustellen

Die Europäische Kommission hat zum zweiten Mal ein Aufforderungsschreiben an Österreich gerichtet (INFR(2011)2034), weil es die Freizügigkeitsrichtlinie nicht ordnungsgemäß umgesetzt habe. Nach österreichischem Recht werden Familienangehörigen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates besitzen, nicht die gleichen Aufenthaltstitel ausgestellt wie Familienangehörigen mit EU-Staatsbürgerschaft, und ihnen werden bestimmte Rechte gemäß der Richtlinie nicht gewährt, z. B. das unmittelbare Recht auf Arbeit oder die Bedingungen für die Beibehaltung des Aufenthaltsrechts. Die Freizügigkeitsrichtlinie sehe jedoch vor, dass die Mitgliedstaaten bestimmten Familienangehörigen, die von einer:m EU-Bürger:in abhängig sind, oder deren Lebenspartner:innen, die dieselben Rechte wie Familienangehörige haben, Einreise und Aufenthalt sowie die gleichen Rechte wie anderen Familienangehörigen gewähren müssen. Die Kommission ist der Ansicht, dass seit

der Versendung des ersten Aufforderungsschreibens sogar noch weitere Bestimmungen der Richtlinie nicht ordnungsgemäß umgesetzt wurden. Österreich hat nun zwei Monate Zeit, um zu antworten. Anderenfalls kann die Kommission eine begründete Stellungnahme herausgeben, die zu einem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof führen kann.

Mehr als drei Viertel der Umsetzungsberichte zur Garantie für Kinder eingereicht

Mit Litauen und Österreich haben nunmehr 21 der 27 Mitgliedstaaten der EU ihren Umsetzungsbericht der EU-Kommission vorgelegt (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 11/24](#)). Der Termin dafür war im März. Der deutsche Fortschrittsbericht ist noch nicht vom Kabinett verabschiedet worden.

- [EU-Kommission: Europäische Garantie für Kinder](#)

Weitere Nachrichten

Australien verbietet Jugendlichen unter 16 Jahren die Nutzung sozialer Netzwerke

In Australien ist ein Gesetz verabschiedet worden, dass Jugendlichen unter 16 Jahren die Nutzung sozialer Netzwerke verbietet. Die Anbieter müssen nun innerhalb eines Jahres eine wirksame Altersüberprüfung einführen, andernfalls drohen ihnen Geldstrafen. Auch in Europa wird an ähnlichen Regeln gearbeitet.

Tokio führt kostenlose Kindergärten und Vier-Tage-Woche ein

Tokio, mit 14 Millionen Einwohner:innen eine der größten Städte der Welt, will ab September die Kinderbetreuung für alle Kinder im Vorschulalter kostenlos machen. Das soll dazu beitragen, die niedrige Geburtenrate in Japan zu erhöhen. Es handelt sich dabei um die erste Initiative dieser Art auf regionaler Ebene in Japan, die darauf abzielt, Familien mit Kindern wirtschaftlich zu entlasten. In Japan stehen öffentliche Kindertagesstätten derzeit nur berufstätigen Eltern zur Verfügung, aber die nationale Regierung plant, den Zugang auf alle Familien auszuweiten. Als Teil einer landesweiten Initiative zur Förderung der Elternschaft plant Tokio außerdem die Einführung einer der Option auf eine Vier-Tage-Woche für Regierungsangestellte.

Aktionswoche zum internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen vom 2. bis 6. Dezember 2024

Rund um den Internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen am 3. Dezember richtet das Europäische Parlament seit 2023 seine „Disability Rights Week“ aus. Die stand unter dem Eindruck der erneuerten Europäischen Strategie für Menschen mit Behinderungen 2025-2030 und des nächsten Berichts des UN-Ausschusses zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen (CRPD) über die Europäische Union. Die Rechte von Menschen mit Behinderungen wurden in allen Politikbereichen beleuchtet. Ausschüsse des EU-Parlaments aus allen Politikfeldern sowie die federführenden Mitglieder des Parlaments debattierten und organisierten Veranstaltungen zu bestehenden und künftigen politischen Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, Menschen mit Behinderungen ein gleichberechtigtes Leben zu ermöglichen und ihr volles Potential auszuschöpfen.

In diesem Zusammenhang hat die COFACE Families Europe ebenfalls am 3. Dezember gefordert, eine ambitionierte neue Phase der Europäischen Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu entfalten. Zu den Empfehlungen gehört eine stärkere Familiendimension der Strategie, mit der Einbeziehung von Maßnahmen, die auf die besonderen Bedürfnisse von Kindern mit Behinderungen und Familien mit behinderten Mitgliedern

eingehen. Pflegende Angehörige sollten durch ganzheitliche Unterstützungssysteme angesprochen werden, welche die voneinander abhängigen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen und ihren Familienmitgliedern berücksichtigen. Darüber hinaus sollen die Umsetzung und Koordination gestärkt und Synergien mit der EU-Pflegestrategie genutzt werden.

- [COFACE Disability Platform: A stronger framework for persons with disabilities and their families](#) 

Eurochild, ISSA: Recht auf eine saubere und gesunde Umwelt für alle Kinder als Priorität setzen

Das Eckpunktepapier von Eurochild und der International Step by Step Association (ISSA) unterstreicht das Recht aller Kinder auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt sowie die dringende Notwendigkeit, sich mit den Auswirkungen des Klimawandels auf kleine Kinder zu befassen. Der Bericht versucht, verfügbare Informationen über einige der aktuellen und zukünftigen Auswirkungen des Klimawandels auf Kleinkinder zusammenzutragen. Das Papier unterstreicht auch, wie wichtig es ist, kleine Kinder und ihre Familien und Betreuer:innen in Politiken, Programmen und Initiativen zur Prävention, Reaktion und Anpassung an die Klimakrise einzubeziehen.

- [Eurochild, ISSA: Early childhood development and climate change](#)  

Berichte und Studien

Eurostat: Familienstrukturen und Kinderbetreuung in der EU

Ein aktueller Bericht von Eurostat kommt zu dem Ergebnis, dass die Familienstrukturen in den Mitgliedstaaten der EU auf Grund kultureller und normativer Gegebenheiten sowie auf Grund weiterer Faktoren unterschiedlich seien. Im Jahr 2023 hatten 23,8 % aller Haushalte in der EU abhängige Kinder, ein leichter Rückgang gegenüber 26,5 % im Jahr 2013. Der Anteil der Paare mit Kindern ging von 16,8 % auf 15,1 % zurück, und der Anteil der anderen Haushaltstypen mit Kindern sank von 6,5 % auf 5,7 %. Von den Personen, die in Haushalten mit Kindern leben, gaben 70,8 % an, in den letzten vier Wochen ganz oder meistens glücklich gewesen zu sein, verglichen mit 59,8 % der Personen, die in einem Haushalt ohne Kinder leben.

In der EU reichte der Prozentsatz der Kinder, die sich in formeller Kinderbetreuung befanden, von knapp der Hälfte (47,9 %) der Kinder im Alter von 1 bis 2 Jahren bis zu 89,1 % der Kinder im Alter zwischen 3 Jahren und dem Mindestschulalter. Der Prozentsatz der Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Erreichen des Mindestschulalters, die keine formale Kinderbetreuung oder Bildung besuchten, war im Jahr 2023 bei den von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen höher (16,8 %) als bei den davon nicht bedrohten Personen (9,0 %).

- [Eurostat: Young people – family and society](#) 
- [Eurostat: Living conditions in Europe – childcare arrangements](#) 

OECD: Wie ist das Leben? Wohlergehen und Resilienz in Krisenzeiten 2024

Die OECD hat in einer Studie objektive und subjektive Daten zum Wohlergehen zusammengestellt. Während die Einkommen und die Beschäftigung gestiegen seien, hätten die Wohnkosten zugenommen. Fast ein Fünftel der Einwohner:innen der OECD hätte im Jahr 2023 finanzielle Schwierigkeiten gehabt. In vielen Mitgliedsländern nähmen körperliche Schmerzen, Traurigkeit und Einsamkeit zu. Die Ungleichheiten im Wohlergehen unter den Geschlechtern und Altersgruppen seien weiterhin ausgeprägt, nahmen jedoch insgesamt ab. Indikatoren für das

Wohlergehen künftiger Generationen sowie die Exposition mit Hitze und extremen Wetterereignissen zeigten einen negativen Trend.

- [OECD: How's Life? 2024 - Well-being and Resilience in Times of Crisis](#)  

Europarat: sexuelle Gewalt und schädliches Sexualverhalten von Kindern

Das Committee of Experts on the Prevention of Violence (ENF-VAE) des Europarates hat eine Studie zu sexueller Gewalt und schädlichem Sexualverhalten von Kindern herausgegeben. Sie soll einen Überblick über die Arten von sexueller Gewalt und schädlichem Sexualverhalten von Kindern geben. Zudem werden die Ursachen, Motivationen oder Gründe für diese Verhaltensweisen und mögliche Faktoren, die dazu beitragen, untersucht, sowie die bestehenden präventiven, pädagogischen, therapeutischen, rechtlichen und sonstigen Reaktionen auf diese Verhaltensweisen. Zudem werden Instrumente analysiert, um den Mitgliedstaaten bei der Prävention und dem Umgang mit diesen Verhaltensweisen und der Unterstützung von Kindern zu helfen. Der Schwerpunkt liegt auf der Unterstützung von Kindern, die diese Verhaltensweisen zeigen, und auf breiteren Präventionsmaßnahmen, die die Rechte aller betroffenen Kinder maximieren.

- [Europarat, ENF-VAE: Sexual violence and harmful sexual behaviour displayed by children](#)  

UNICEF, Interpol, Ecpat: Evidenzbasierte Maßnahmen gegen sexuellen Kindesmissbrauch im Internet

Daten aus 13 Ländern zeigen, dass bis zu 20 % der 12- bis 17-Jährigen innerhalb eines Zeitraums von einem Jahr sexuelle Ausbeutung und Missbrauch im Internet erlebt haben. Die Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass die meisten Fälle auf sozialen Medienplattformen stattfinden, vor allem auf den Plattformen von Meta (Facebook, Facebook Messenger, WhatsApp). In den meisten Fällen handele es sich bei den Tätern um Personen, die das Kind bereits kennt. Der Bericht gibt auf bestehenden Erfahrungen gestützte Empfehlungen, von denen einige über die derzeit diskutierten Reformen hinausgehen: stärker in den Kinderschutz investieren, Fälle systematisch registrieren, das Anzeigen der Taten sowie Gerichtsprozesse kinderfreundlich gestalten, spezielle Polizeieinheiten einrichten, das Thema bei einer führenden Behörde ansiedeln und allgemein in Kinderschutz und Gewaltprävention einbetten, die Gesetzgebung aktualisieren und die Online-Plattformen in die Pflicht nehmen sowie Kinder sensibilisieren und Hilfetelefone niederschwellig gestalten.

- [Download des Berichts von UNICEF, Interpol und Ecpat](#)  

Beobachtungsstelle Gesellschaftspolitik: Perspektiven junger Menschen durchgängig berücksichtigen

Die Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa hat ein Dossier zum Youth Mainstreaming in der EU veröffentlicht. Der Ansatz zielt darauf ab, die Perspektive junger Menschen in alle Phasen politischer Prozesse in einem strukturierten Rahmen einzubeziehen. Zum Teil erfolge dies bereits in der EU-Jugendstrategie 2019-2027 sowie dem EU-Jugendtest. Die Jugendbeteiligung sollte aber verstärkt auch benachteiligte gesellschaftliche Gruppen einschließen und daher intersektional gestaltet werden.

- [Beobachtungsstelle Gesellschaftspolitik: Going Mainstream – Perspektiven junger Menschen](#) 

EU: Education and Training Monitor

Der Monitor für die allgemeine und berufliche Bildung enthält die neuesten Fakten und Zahlen zu den Bildungssystemen in der EU, von der frühkindlichen Bildung und Betreuung bis zur Teilnahme von Erwachsenen

an der allgemeinen und beruflichen Bildung. Der Monitor verfolgt die Fortschritte bei der Erreichung der EU-Ziele für 2025 und 2030. In der Ausgabe 2024 liegt der Schwerpunkt auf dem Lernen für Nachhaltigkeit.

- [EU-Kommission, DG Education: Education and Training Monitor](#) 

EIGE: Gender Equality Index 2024

Das European Institute for Gender Equality der EU hat den aktuellen Gender Equality Index veröffentlicht. Er umfasst die Bereiche Arbeit, Finanzen, Bildung, verfügbare Zeit, Macht, Gesundheit und – ohne zureichende Daten – Gewalt. Der kombinierte Index liegt für 2024 bei 71,0 für Frauen im Vergleich zu 100 für Männer. Der Wert ist seit 2021 um 0,8 Punkte gestiegen. Auch alle Einzelwerte der Bereiche hätten sich verbessert. Gleichwohl sei eine Parität der Geschlechter noch weit entfernt. Portugal sei der einzige Mitgliedstaat, in dem sich der Index für die Arbeitswelt nicht verbessert habe. Die Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten würden jedoch abnehmen.

- [EIGE: Gender Equality Index 2024](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
21. Januar 2025, online	COFACE working group on work-life balance (members only)	COFACE
24. Januar 2024	International Day of Education: "Learning for Lasting Peace"	UN
27. Januar 2025	Holocaust-Gedenktag	Europarat, UN
4. Februar 2024, online	EU Policy Webinar on the implementation of the European Care Strategy	COFACE
6.-7. Februar 2025, Malta	1st International Conference on Strong Blended Families	The Malta Foundation for the Wellbeing of Society und University of Malta
6.-8. März 2025, Wuppertal	30. Jahrestagung der GAIMH – Gemeinsam stark: Förderung von Bindung und Autonomie	German Speaking Association for Infant Mental Health
8.-9. April 2025, Helsinki	COFACE working group on safer internet	COFACE
23.-24. April 2025, Brüssel	Navigating the politics of (dis)integration: Refugee families' pathways to inclusion	International Migration Research Network
17.-19. Juni 2025, Bristol	First International Child and Family Conference	University of Bristol, UK

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
25.-27. Juni 2025, Madeira, Portugal	Families across Space and Time; XII Congress of the European Society on Family Relations	European Society on Family Relations (ESFR)

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e. V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien TraFaDy (Transnational Family Dynamics in Europe) sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e. V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·
Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: www.ag-familie.de
Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v. i. S. d. P.)



Gefördert vom:

